**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule, Sport		Drucksachen-Nr. 83/2005 a
		☒ Öffentlich
		☐ Nicht öffentlich
Beschlussvorlage		
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Bera- tung, Entscheidung)
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	22.02.2005	Vertagung
Rat	17.03.2005	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

HSK-Maßnahme „Streichung Zuschuss Eissporthalle“

Beschlussvorschlag: Die beschlossene HSK-Maßnahme „Streichung Zuschuss Eissporthalle“ wird umgesetzt und die Zuschusszahlung an die Betreibergesellschaft ab der Saison 2005/2006 eingestellt.

Begründung:

In dem vom Rat beschlossenen und von der Kommunalaufsicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept für 2003 ist u.a. die konkrete Maßnahme (Ifd. Nr. 4.6) „Streichung Zuschuss Eissporthalle“ mit einer entsprechend ausgewiesenen Standardreduzierung für den Vereins- und Schulsport vorgesehen. Die strukturell veranschlagte Einnahmeverbesserung dieser Maßnahme im Haushalt beläuft sich auf 53.000 Euro p.a.

Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 30.11.2004 wurden die Ausschussmitglieder unter TOP 7 über den derzeitigen Sachstand und die anstehenden erforderlichen Einschnitte zur Eissporthalle informiert.

Nachfolgend ist in kurzen Zügen noch einmal die grundsätzliche **Ausgangslage zur Eissporthalle** dargelegt:

Die Eissporthalle an der Saaler Mühle wurde im Jahr 1979 durch die Deutsche Sportstättenbetriebs- und Planungsgesellschaft mbH & Co KG in Herne (DSBG) aufgrund eines mit der Stadt Bergisch Gladbach geschlossenen **Erbbaurechtsvertrages** errichtet und in Betrieb genommen. Das Grundstück für Halle und Parkplatz steht im Eigentum der Stadt Bergisch Gladbach.

Gemäß dem - bis 2029 laufenden - Erbbaurechtsvertrag ist die Stadt Bergisch Gladbach verpflichtet, jährlich einen „**Verlustzuschuss**“ an die DSBG in Höhe von 51.100 Euro zu zahlen, gekoppelt mit vertraglich eingeräumten Nutzungsrechten für den Vereins- und Schulsport werktäglich bis 13.00 Uhr (gegen Verrechnung pro Einzelnutzung).

Weiterhin zahlt die Stadt aufgrund gefasster politischer Beschlüsse zur **Förderung des Vereinsports** (in den Nachmittags- und Abendstunden) seit vielen Jahren einen freiwilligen Zuschuss in Höhe von jährlich ca. 53.000 Euro an die DSBG (zur Förderung von 20,5 Nutzungsstunden für zwei Vereine).

Die im Erbbaurechtsvertrag grundsätzlich fixierte Pflicht zur Zahlung eines **Erbbauzinses** an die Stadt Bergisch Gladbach wird nicht wirksam, da die Besucherzahlen regelmäßig unter den als Grenzwert festgeschriebenen 200.000 Nutzern p.a. bleiben.

Seit Beschlussfassung über die Maßnahme im Haushaltssicherungskonzept wurden mit Blick auf die Umsetzung (anteilig vorgesehen bereits für das Jahr 2004 und in voller Höhe ab 2005) mehrfach langwierige und schwierige Verhandlungen mit der Betreibergesellschaft geführt. Diese zielten darauf ab, die Eissporthalle grundsätzlich zu erhalten, die - zur Umsetzung der HSK-Maßnahme unausweichliche - Reduzierung des Standards im Bereich des Eislaufs der Schulen durch vollständige Aufgabe des Schulsports vorzunehmen und grundsätzlich Nutzungsrechte für den Vereinssport, ggf. auch in reduziertem Umfang zu erhalten.

Nach anfänglich positiven Zwischenergebnissen und Ansätzen in den Verhandlungen wurde durch die DSBG jedoch deutlich gemacht, dass bei einer Streichung des Zuschusses von 53.000 Euro zur Förderung des Vereinssportes „wegen der zusammenbrechenden Gesamtfinanzierung mit einer Aufgabe des Betriebes und anschließender Schließung der Eissporthalle in einem kürzeren Zeitraum zu rechnen ist. Der Verlust des Zuschusses sei beim Betreiben der Eissporthalle nicht kompensierbar“.

Im Budget des Fachbereiches 4 ergibt sich keine finanzielle Kompensationsmöglichkeit, um den jährlichen Zuschuss an die DSBG in Höhe von 53.000 Euro weiter zu zahlen.

Insofern ist zur Umsetzung der HSK-Maßnahme eine Einstellung der Bezuschussung mit dem Ende der Saison 2004/2005 notwendig.

Seitens der DSBG wird auf die eventuellen Folgen bis hin zu einer Schließung der Eissporthalle hingewiesen, mit Auswirkungen für die Nutzer - sowohl die Vereine, als auch die Allgemeinheit.

Mit Blick auf die Vereinbarungen mit der Betreibergesellschaft im Erbbaurechtsvertrag ist diese grundsätzlich zum Betrieb der Eissporthalle für mindestens neun Monate im Jahr verpflichtet. Ein evtl. „Heimfallanspruch an die Stadt Bergisch Gladbach“ ist insbesondere für den Fall des Konkurses der Betreibergesellschaft sowie bei Zuwiderhandlung gegen deren Verpflichtungen geregelt.

Im - theoretisch möglichen - Fall der Geltendmachung des Heimfallrechtes seitens der DSBG hätte die Stadt dieser eine Entschädigung für das Bauwerk zu zahlen. Diese wird jedoch im Erbbaurechtsvertrag begrenzt „auf die jeweilige Höhe des Restkapitals der Fremdmittel, unabhängig davon, welchen Wert das auf dem Grundstück befindliche Gebäude tatsächlich hat.“

Zum Stand 30.03.2005 beläuft sich das fremdfinanzierte Restkapital der Betreibergesellschaft auf nur noch rd. 183.000 Euro.

Folge eines evtl. Heimfalles wäre, dass die Eissporthalle an die Stadt Bergisch Gladbach fiel, die Bauten und Anlagen in das freie Eigentum der Stadt Bergisch Gladbach übergingen und der vertraglich zugesagte Verlustausgleich von 51.100 Euro seitens der Stadt nicht mehr zu zahlen wäre. Unter Berücksichtigung der HSK-Maßnahme zur Streichung des Zuschusses im freiwilligen Förderbereich von weiteren 53.000 Euro ergäben sich Minderausgaben im Verwaltungshaushalt von rd. 104.000 Euro p.a.; die Entschädigung für das Gebäude aus einem sich ggf. ergebenden Heimfallanspruch wäre aus dem Vermögenshaushalt zu finanzieren.

Wann mit der evtl. angedeuteten Schließung der Halle seitens der Betreibergesellschaft zu rechnen ist, kann diese derzeit nicht mitteilen.

Für den – theoretisch möglich erscheinenden, da seitens der Betreibergesellschaft angedeuteten – Fall der Geltendmachung des Heimfallanspruchs wären Überlegungen über die weitere Verwendung und Nutzung der Halle anzustellen.

Neben einem möglichen weiteren Betrieb einer Eissporthalle kämen für das Grundstück in wertvoller Lage aus städtebaulicher Sicht ggf. auch andere Nutzungszwecke in Frage. Konkrete Überlegungen diesbezüglich wären aus derzeitiger Sicht erst zu einem späteren Zeitpunkt anzustellen, da die Verwaltung auch weiterhin von der Fortführung des Betriebes der Eissporthalle durch die Betreibergesellschaft gemäß dem bestehenden Vertrag auszugehen hat.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in seiner Sitzung am 22.02.2005 den Rat gebeten, die Entscheidung in der Angelegenheit an sich zu ziehen und in der Sitzung am 17.03.2005 in der Sache zu entscheiden.

Bis zum Versand der Sitzungsunterlagen war es der Verwaltung noch nicht möglich, mit der Betreibergesellschaft erneut in Verhandlung zu treten. Der Bürgermeister wird in der Sitzung des Rates am 17.03.2005 über den aktuellen Sachstand berichten.